

Antrag

der Abgeordneten Dr. Margrit Wetzel, Klaus Brandner, Doris Barnett, Dr. Axel Berg, Hans-Werner Bertl, Wolfgang Grotthaus, Hubertus Heil, Rolf Hempelmann, Walter Hoffmann (Darmstadt), Anette Kramme, Angelika Krüger-Leißner, Christian Lange (Backnang), Lothar Mark, Christian Müller (Zittau), Gerold Reichenbach, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Karin Roth (Esslingen), Thomas Sauer, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Wilfried Schreck, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Dr. Rainer Wend, Engelbert Wistuba, Franz Müntefering und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Thea Dückert, Volker Beck (Köln), Hans-Josef Fell, Michael Hustedt, Fritz Kuhn, Werner Schulz (Berlin), Katrin Dagmar Göring-Eckhardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nutzung von Geoinformationen in Deutschland voranbringen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Gewinnung, Verarbeitung, Verbreitung und Nutzung von Geoinformationen sind ein zentrales Element der modernen Informationsgesellschaft. Die Bedeutung von Geoinformationen fasst die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) in Auftrag gegebene Studie zur Geoinformationswirtschaft (mit dem Titel „Der Markt für Geoinformationen: Potenziale für Beschäftigung, Innovation und Wertschöpfung“) wie folgt zusammen: „Die wirtschaftliche Nutzung von Geoinformationen hat ein hohes wirtschaftliches Potenzial und kann sich zu einem Marktsegment mit bedeutender Wertschöpfung, qualifizierten Arbeitsplätzen und hochinnovativen Produkten entwickeln, von dem wichtige Impulse für die Gesamtwirtschaft ausgehen.“ Die Bereitstellung öffentlicher Geoinformationen ist nicht nur Baustein einer aktiven Wirtschaftspolitik, sondern auch ein wesentlicher Impuls zur Sicherung des Standorts Deutschland.

Bei der Umsetzung der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 15. Februar 2001 sind deutliche Fortschritte erzielt worden.

Der Interministerielle Ausschuss für Geoinformationswesen (IMAGI) hat

- die bereits existierende Konzeption für das Geodatenmanagement des Bundes zur Konzeption der Geodateninfrastruktur für Deutschland (GDI-DE) weiterentwickelt,
- eine Strategie für ihre Umsetzung beschlossen, die auch die Länder und die Wirtschaft einbezieht,
- erhebliche Fortschritte für die Transparenz der Geodatenbestände in Bundeseinrichtungen erzielt,

- die Entgeltregelungen auf Bundesebene vereinheitlicht,
- den Aufbau des Deutschen Notfallvorsorge-Informationssystems (deNIS) als Basis eines bundeseinheitlichen Katastrophendienstes begleitet und
- den Aufbau der GDI-DE durch Pilotprojekte begonnen.

Im Hinblick auf den Charakter der GDI-DE als einer öffentlichen Infrastrukturleistung steht dabei diese Kooperation mit den Ländern im Vordergrund. Die Zuständigkeit für die Koordination der sehr komplexen Aktivitäten für den Aufbau der GDI-DE durch den Bund ist unerlässlich.

Der Deutsche Bundestag begrüßt ebenfalls die intensive Mitwirkung deutscher Experten bei der Entwicklung einer „European Spatial Data Infrastructure – ESDI“, hier insbesondere in der Initiative „Infrastructure for Spatial Information in Europe – INSPIRE“, die einen Legislationsprozess vorbereitet, der voraussichtlich in 2004/2005 eine Rechtsnorm für die Einrichtung und den Betrieb der ESDI auf der Basis der nationalen Geodateninfrastrukturen der EU-Mitglieder hervorbringen wird.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die deutlichen Fortschritte bei der Umsetzung der Konzeption Geodatenmanagement des Bundes. Dazu gehören

- Aufbau eines Meta-Informationssystems für Geodatenbestände des Bundes (GeoMIS.Bund):

Der Test eines Prototypen wurde im Sommer 2002 abgeschlossen,

der Auftrag für die Entwicklung des Endproduktes GeoMIS.Bund vergeben und

der Wirkbetrieb mit den Meta-Informationssystemen des Bundes im Internet soll ab August 2003 erfolgen.

Im Hinblick auf eine deutschlandweite Standardisierung wird das Verfahren GeoMIS.Bund den Ländern unentgeltlich angeboten, da der Bund (BKG) ein entsprechendes Nutzungsrecht erworben hat. Derzeit wird in Kooperation mit einigen Ländern die Verknüpfung der auf Landes- und kommunaler Ebene vorhandenen Meta-Informationssysteme mit GeoMIS.Bund entwickelt und erprobt.

- Optimierung der technisch-organisatorischen Zuständigkeiten für die Haltung von Geodatenbeständen:

Die GDI-DE-Konzeption geht von einer zentralen Führung der Geobasisdaten (geodätische Bezugssysteme und Topographie) sowie einer dezentralen Führung der fachlichen Geodaten auf Bundesebene aus. Ein Implementierungskonzept wird in Pilotprojekten vorbereitet.

Eine IT-Vernetzung der Geobasisdatenbestände der Länder hält der Deutsche Bundestag allein nicht für ausreichend. Das BKG hat erhebliche Aufwendungen für die Qualitätsprüfung und Harmonisierung dieser Daten geleistet, um ihre Bundeseinheitlichkeit herzustellen. Aus Gründen der zuverlässigen Versorgung mit Geobasisdaten für die Bundeswehr, den Sicherheitsbereich sowie für die Katastrophenvorsorge und -abwehr muss der Bund eine einheitliche Datenbank auf Dauer betreiben.

- Harmonisierung und Optimierung der administrativen Vorgaben für Bezug und Abgabe von Geodaten:

Die Rahmenrichtlinie des IMAGI für „Entgelte und Abgabebedingungen für Geodaten“ wurde im Oktober 2002 verabschiedet und gilt seit Januar 2003 für die Bundesbehörden.

Die geltende Bund-Länder-Vereinbarung über die kontinuierliche Abgabe digitaler geotopographischer Informationen der Landesvermessungsbehörden zur Nutzung im Bundesbereich läuft Ende 2003 aus.

Die Folgevereinbarung 2004 bis 2008 liegt den Ländern zur Unterschrift vor.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Einbeziehung der Länder in die Arbeit des IMAGI.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen (AdV) ist ständiger Gast bei IMAGI-Sitzungen, er berichtet dort über die Aktivitäten der Vermessungsverwaltungen der Länder.

AdV-Vertreter arbeiten in der IMAGI-Arbeitsgruppe Geodateninfrastruktur für Deutschland (GDI-DE) und deren Expertengruppen mit. Außerdem gibt es diverse Bund-Länder-Pilotprojekte für den abgestimmten Aufbau der GDI-DE

- Die Zusammenführung und zentrale Abgabe von Geodaten wurde verbessert:

Die Einführung eines bundeseinheitlichen ISO-basierten Datenmodells im GeoDatenZentrum (GDZ), auf dem auch die GDI-DE beruht, wird 2004 abgeschlossen und bietet damit gleichzeitig Kompatibilität mit den European Spatial Data Infrastructure (ESDI)-Spezifikationen.

Die Länder bemühen sich mit intensiver Unterstützung des BKG um die bundeseinheitliche Realisierung des satellitengestützten Positionierungsdienstes (SAPOS) der AdV für Navigation und Vermessung.

- Die Anwenderfreundlichkeit der GDI-DE wird gefördert und weiterentwickelt:

Durch die neue AdV-Entgeltrichtlinie vom 1. Januar 2002 sind Geobasisdaten erheblich preisgünstiger über das GDZ zu beziehen, wovon insbesondere die Wirtschaft profitiert.

Einfach zu handhabende internetbasierte Dienste für die Nutzung der GDI-DE in KMU und durch die Bürger werden mit den ab 2003 zugänglichen Internetportalen GeoPortal.Bund und GeoMIS.Bund geschaffen.

Im Sommer 2003 wird das Online-Bestellsystem des GeoDatenZentrums des BKG freigegeben. Die Abgabe der Daten durch das Geodatenzentrum erfolgt in allen marktgängigen Datenformaten.

- IMAGI und BKG haben eine Reihe von Initiativen zur Information und Aufklärung sowie zur Öffentlichkeitsarbeit ergriffen:

Dazu gehören Broschüren und eine Multimedia-CD ebenso wie Informationsveranstaltungen, Vorträge und Info-Stände auf zahlreichen Messen, Kongressen, GIS-Foren und Konferenzen.

- Die Förderung der besonderen Innovationspotenziale des Geoinformationswesens durch das BMBF im Rahmen des Forschungs- und Entwicklungsprogramms GEOTECHNOLOGIEN.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Unter Berücksichtigung der Erfahrungen des IMAGI und der Handlungsempfehlungen der vom BMWA in Auftrag gegebenen Studie sowie der bereits erzielten Fortschritte beim Aufbau der GDI-DE und der dabei festgestellten Defizite hält der Deutsche Bundestag folgende Maßnahmen weiterhin für notwendig:

a) Deutliche Verbesserung der Koordinierung des Geoinformationswesens in Deutschland

Um den Aufbau der GDI-DE aus Geodaten des Bundes und der Länder zügig voranzubringen und ihre nachhaltige Pflege und Verfügbarkeit i. S. einer öffentlichen Infrastrukturleistung zu gewährleisten, wird die Bundesregierung gebeten, zu berichten, welche Probleme bei der Koordinierung des Geoinformationswesens auf Bundes- und Länderebene bestehen. Darüber hinaus sind die Auswirkungen der INSPIRE-Initiative (s.o.) auf die GDI-DE eindeutig und wirksam zu regeln.

b) Einheitliche und vereinfachte Weitergabe von Geodaten

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Initiativen der Bundesregierung mit dem IMAGI, die Geodatenbestände des Bundes und der Länder transparent zu machen und die Weitergabe der Daten an andere Behörden und an Dritte zu vereinfachen. Eine zügige Umsetzung folgender Aktivitäten kann die Weitergabe und Nutzung öffentlicher Daten noch entscheidend verbessern:

1. Die baldige Verabschiedung des in der Bearbeitung befindlichen nationalen Informationsfreiheitsgesetzes.
2. Die unverzügliche Umsetzung der seit Januar 2003 geltenden IMAGI-Rahmenrichtlinie „Entgelte und Abgabebedingungen für Geodaten“ in allen Bundesbehörden, in denen Geodaten vorgehalten und für andere Nutzer zur Verfügung gestellt werden. Im Rahmen der nutzerorientierten Datenabgabe übers Internet müssen E-Pricing-Modelle aufgebaut werden, um Eintrittsbarrieren zum Geoinformationsmarkt zu senken. Die IMAGI-Rahmenrichtlinie sollte auf die Länder übertragen werden, um eine einheitliche und übersichtliche Abgaberegulierung für Dritte unabhängig von Landes- oder Bundesbeständen zu gewährleisten.
3. Es sollte geprüft werden, in welchen Fällen eine unentgeltliche Grundversorgung mit Geodaten, z. B. über das Internet, ermöglicht werden kann.

c) Ausbau des deutschen Notfallvorsorge-Informationssystems (deNIS)

Das von der Bundesregierung aufgebaute übergreifende Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) wird eine wichtige Unterstützung für Entscheidungsträger bei großflächigen Gefahrenlagen sein. Die in diesem Datensystem darzustellenden Geofachdaten werden zum großen Teil von den Ländern erfasst und sollen sowohl Bundes- als auch Landesbehörden zur Verfügung stehen. Um den Ausbau dieses Systems zügig voranzubringen, wird die Bundesregierung gebeten zu berichten, durch welche Maßnahmen die Einbringung der notwendigen Daten verbessert werden kann.

d) Einberufung einer Bund-Länder-Konferenz

Die vom Deutschen Bundestag bereits in der Entschließung Bundestagsdrucksache 14/5323 geforderte Bund-Länder-Konferenz hat bisher 2001 und 2002 stattgefunden. Die Bundesregierung wird darüber hinaus gebeten, die Länder zu einer strategischen GDI-DE-Konferenz einzuladen.

e) Einbeziehung der Wirtschaft

Die Bundesregierung wird gebeten, ein Kuratorium einzurichten, das zur Ergänzung der bisherigen Arbeit des IMAGI seine für die Förderung der Wirtschaft nützlichen Ergebnisse vermittelt sowie Anforderungen und Impulse der Wirtschaft für die Arbeit des IMAGI entgegennimmt.

Die Bundesregierung wird weiterhin gebeten, einen sog. G2B-Moderator zu benennen, der in wichtigen Fragen der wirtschaftlichen Verwertung von Geodaten zentraler Ansprechpartner für Verwaltung, Wissenschaft und Wirt-

schaft ist und die internationalen Interessen Deutschlands im Bereich der Geoinformationswirtschaft vertritt.

Eine schnelle Realisierung der Datenbereitstellung kann möglicherweise durch partnerschaftliche Zusammenarbeit mit KMU im Bereich des Vertriebsstrukturenaufbaus begünstigt werden. Entsprechende Erfahrungen der Länder sollten einbezogen werden.

Mit fortschreitender Einrichtung der GDI-DE sollen in den Fachbehörden des Bundes zentrale Vertriebsstellen nach dem Modell des Geodatenzentrums im BKG eingerichtet werden.

Berlin, den 8. April 2003

Franz Müntefering und Fraktion

Katrin Dagmar Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion

